

Einblicke

»
Eine unabhängige Justiz ist
wesentlich für die Demokratie,
aber kein Selbstläufer.
«

Der politische Rechtsruck in vielen europäischen Ländern hat auch Folgen für die Rechtsstaatlichkeit. So strebte etwa in Polen die frühere Regierungspartei PiS gezielt danach, das nationale Verfassungsgericht zu entmachten. Ähnliches war auch in Ungarn unter der bis April 2026 herrschenden Fidesz-Partei zu beobachten. Mit Blick auf diese Entwicklungen hat der Deutsche Bundestag im Dezember 2024 einer umfassenden Änderung des Grundgesetzes zugestimmt. Sie soll die Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts wahren – und vor einer möglicherweise radikalen künftigen Bundesregierung schützen.

Wie wichtig ist eine starke und unabhängige Justiz für das Funktionieren der Demokratie? Zu dieser Frage hat das Roman Herzog Institut auch seinen diesjährigen Essaywettbewerb ausgeschrieben. Die acht hier veröffentlichten Beiträge beleuchten die komplexe gegenseitige Abhängigkeit von demokratischer Ordnung und Justiz. Ein Interview mit dem Ökonomen und Ethikrat-Mitglied Nils Goldschmidt rundet diese IMULSE SPEZIAL ab.

Rechtsstaatlichkeit ist ein Grundpfeiler der Demokratie: Unabhängige Gerichte schützen die grundgesetzlich verbrieften Freiheitsrechte und verhindern Machtmissbrauch und staatliche Willkür. Eine unabhängige Rechtsprechung ist aber nicht nur die Grundlage des Rechtsstaats: Sie stärkt auch das Vertrauen der Bürger in die Demokratie. Und sie trägt dazu bei, unseren Wohlstand zu sichern, weil faire Regeln und verlässliche Rahmenbedingungen Investitionsanreize setzen und Handelsbeziehungen fördern.



In der liberalen Demokratie ist die Justiz systemrelevant, aber kein Selbstläufer. Damit Juristinnen und Juristen frei von politischer Einflussnahme arbeiten können, brauchen sie die Unterstützung der Zivilgesellschaft: Wachsam sein gegenüber demokratiefeindlichen Tendenzen ist deshalb das Gebot der Stunde.

In den USA reißt ein machthungeriger Präsident die Kontrolle über den Supreme Court, das höchste Richterorgremium, an sich. In der Türkei werden die Gerichte von der Regierung instrumentalisiert, um die Opposition auszuschalten. Sollten diese Beispiele Schule machen, läuft es mir – salopp gesagt – eiskalt den Rücken runter. Denn wo Gerichte zum Handlanger der Politik werden, steht die Demokratie auf dem Spiel.

»Gesellschaft denken« lautet unser Leitbild am Roman Herzog Institut. Dazu möchte ich Sie mit der vorliegenden Publikation herzlich einladen!

Professor Randolph Rodenstock
Vorstandsvorsitzender
Roman Herzog Institut e.V.